



Kuba: Solidarität ist keine Einbahnstrasse

Beat Schmid. **Nach über 60 Jahren völkerrechtswidriger Handels- und Finanzblockade und mehr als drei Monaten Ölblockade widersteht Kuba weiterhin. Dem Würgegriff und dem vorweggenommenen Begräbnis durch bürgerliche Medien setzen wir Solidarität mit Land und Leuten entgegen.**

Auch wenn nun anscheinend – von Führer Trumps Gnaden – wieder etwas Öl nach Kuba kommt und wir – wie es ein Freund aus Havanna ausdrückt – vielleicht bald wieder «das Niveau der weniger existenziellen Krise erreichen werden», bleibt die Situation kritisch. Aber genauso, wie Kuba während Jahrzehnten Kämpfen und Kämpfenden solidarisch beistand, und den Internationalismus konsequent praktiziert hat, ist es jetzt an uns und denen, die diese Solidarität erfuhren, etwas zurückzugeben, weil Internationalismus und Solidarität Grundwerte einer besseren Welt sind.

Bewegend und motivierend

Teilnehmer:innen der Solidaritätskarawane im April in Havanna erzählen, wie ihnen Menschen auf der Strasse dankten und in Spitälern bei der Übergabe von Materialspenden Tränen der Rührung flossen. Zu erleben, wie an vielen Orten in Kuba trotz allem die Leute wahre Wunder vollbringen, ist bewegend und motivierend. So konnten dank medicuba-Schweiz und kubanischen Spezialist:innen 2025 die Rekordzahl von fast 150 komplexen Gehirnoperationen mit minimalinvasiver Chirurgie durchgeführt werden. Die Patient:innen tragen keine Narben davon und die Genesung ist um ein Vielfaches kürzer. An der lateinamerikanischen Gesundheitsuniversität ELAM wurden seit 1999 über 30000 Ärzt:innen im globalen Süden ausgebildet; aktuell über 800, nicht wenige aus Palästina. Dank AMCA (Associazione per l'Aiuto Medico al Centro America) und Schweizer Solidaritätsgruppen, die Solaranlagen finanziert haben, können sie nun auch bei Stromunterbrüchen und -ausfällen abends studieren und ihre Handys laden. Auch die Uniklinik verfügt immer über Strom.

Nelson Mandela vergisst nicht

In Zentralamerika haben wir erlebt, wie wichtig und bedingungslos die kubanische Unterstützung vor allem für Nicaragua war. Kriegsversehrte Guerilla-Kämpfer:innen aus El Salvador wurden in Kuba gesund gepflegt. Zehntausende Verfolgte aus lateinamerikanischen Ländern (und auch aus den USA) fanden Schutz. In Vietnam ging die kubanische Unterstützung während des Befreiungskrieges nicht vergessen, eine nationale Kampagne erbrachte eindrückliche 18 Millionen Dollar an Spenden. In Afrika wird Kuba mit dem Ende der Apartheid, «der Armee mit weissen Kitteln» (den Gesundheitsbrigaden) und dem Motto «Ärzt:innen statt Bomben» assoziiert.

Wie Nelson Mandela sagte: «Kubaner:innen kamen als Ärzt:innen, Lehrer:innen, Soldat:innen und Landwirtschaftsexpert:innen in unsere Region, aber niemals als Kolonisator:innen (...). Hunderte Kubaner:innen haben ihr Leben in einem Kampf gegeben, der in erster Linie nicht ihr, sondern unser Kampf war.» Und: «Viele Länder, darunter einige sehr mächtige, haben uns aufgefordert, die Unterdrückung der Menschenrechte in Kuba zu verurteilen. Wir haben sie daran erinnert, dass sie ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Dass dieselben Länder, als wir gegen die Apartheid und gegen rassistische Unterdrückung kämpften, das Apartheidregime unterstützt haben.»

Nach Jahrzehnten Blockade, Hurrikane und Krise liegt Kuba wirtschaftlich am Boden und die Aussichten sind dunkelgrau. Rubio und Konsorten erpressen nun Regierungen, um die kubanischen Gesundheitsbrigaden nicht weiter zu beschäftigen, die neben beruflichen und finanziellen Chancen für das Gesundheitspersonal selbst auch wesentliche Einnahmen für das Land beschieren und Millionen Personen den Zugang zur



Studierende an der ELAM beim Aufladen ihrer Handys. Bild: zVg

Gesundheitsversorgung erst ermöglichen. Jamaika, die Bahamas, Guatemala und Honduras sind bereits eingeknickt, Brasilien hat das grosse Programm unter der aktuellen Regierung Lula nicht neu aufgelegt und die Region Kalabrien in Süditalien hat eine Vergrösserung der 400-köpfigen Brigade verworfen. Tourismus und Pharmaindustrie haben Marktanteile auf lange Sicht verloren.

Eine Art finanzieller Rettungsring scheinen die Überweisungen der Migrant:innen zu sein. In den letzten zwei Jahren haben geschätzt rund 15 Prozent der Menschen das Land verlassen. Es wird geschätzt, dass diese Kleinunternehmen 2025 Waren für rund zwei Milliarden USD importiert haben.

Ein Hoffnungsschimmer ist die Solaroffensive

Auch dank der weltweit stark gesunkenen Preise und des Überangebots scheint China massive Solarleistung zu akzeptablen Konditionen anzubieten. Letztes Jahr wurden 50 Solarparks mit einer Maximalleistung von 1000 MW installiert. Also etwa so viel wie das AKW Gösgen, aber halt nur bei Sonnenschein. Immerhin trägt dies in den Tagesstunden bereits rund einen Drittel zum Strommix bei. Auch dieses Jahr sollen 500 MW Kapazität

in neuen Parks installiert werden und – sehr dringend – auch Speicherkapazität, um Leistungsdifferenzen (etwa, wenn Wolken vorbeiziehen) auszugleichen. Wer es sich leisten kann, installiert Solaranlagen zu Hause, auf dem Kleinbetrieb, für das Tabak- oder Gemüsefeld oder sogar auf dem Elektrodreirad. Von der oberen Mittelschicht an aufwärts wird in Energieautonomie investiert (und damit das System um relativ grosse Konsument:innen «erleichtert»). Auch viele Unternehmen gehen diesen Weg. Die von der internationalen Solidarität geförderten Solaranlagen für Spitälern und Gesundheitszentren leisten ebenfalls einen Beitrag und «retten Leben», wie es ein compañero vor Ort auf den Punkt bringt. «Die solidarischen Euros erzeugen danach 25 Jahre lang kostenlos Strom», so eine deutsche Soliaktivistin.

US-Politik

Die Frage für die USA könnte lauten, welchen Preis Trump zu bezahlen bereit ist, was er dafür erhält und was sein realer Spielraum ist. Symbolisch ist Kuba wichtig, vor allem für die republikanische Hochburg Florida. Nur: Deren alteingesessenes kubanisches Exil

«Das erste Opfer war die Wahrheit» – zum kognitiven Krieg gegen Venezuela

Leonardo Flores. **Heute ist nicht der Moment, jeden realen oder vermeintlichen Fehltritt der bolivarianischen Regierung übermässig zu analysieren. Es ist an der Zeit, die Entführung eines Präsidenten und eines Abgeordneten unerbittlich anzuprangern.**



Einer der vielen Widerstandsdemos in Venezuela. Bild: zVg

Zwei Tage vor seiner Entführung sagte Präsident Nicolás Maduro dem spanischen Schriftsteller Ignacio Ramonet in einem Interview, der Krieg gegen Venezuela sei ein kognitiver Krieg, «denn er richtet sich gegen das Gehirn, das Gehirn verarbeitet Emotionen und Konzepte.»

«Kognitiver Krieg» ...

Der Begriff «kognitiver Krieg» ist relativ neu und wirft ein Licht auf die jüngsten Diskussionen rund um Venezuela. Eine Definition der Nato beschreibt den kognitiven Krieg als unkonventionelle Kriegsführung, die dazu dient, «die kognitiven Prozesse des Feindes zu verändern, mentale Vorurteile oder reflexives Denken auszunutzen sowie Denkverzerrungen hervorzurufen, die Entscheidungsfindung zu beeinflussen und Handlungen zu behindern, mit negativen Auswirkungen sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene». Er geht über Propaganda oder psychologische Kriegsführung hinaus. Eine andere Nato-Quelle sagt, er sei «nicht das Mittel, mit dem wir kämpfen; er ist der Kampf selbst. Das Gehirn ist sowohl das Ziel als auch die Waffe im Kampf um kognitive Überlegenheit».

Nicolás Maduro hat dies verstanden und sagte: «Um einem kognitiven Krieg entgegenzuwirken, muss man eine Kraft des Gewissens, eine Kraft der Werte, eine spirituelle Kraft schaffen und mit der Wahrheit kämpfen. Unsere grösste Waffe ist keine Atomrakete, unsere

grösste Waffe ist die Wahrheit Venezuelas.» In einem kürzlich abgehaltenen Webinar des Venezuela Solidarity Network über die Reaktion der venezolanischen Bevölkerung auf den Angriff vom 3. Januar sagte Ana Maldonado vom Frente Francisco de Miranda: «Das erste Opfer dieses Krieges war die Wahrheit.» Sie erklärte, dass Donald Trump wenige Stunden nach dem Bombenangriff und der Entführung im Fernsehen erklärte, die Militäroperation sei ein Leichtes gewesen, und dass diese Darstellung weithin akzeptiert wurde.

... und das Vergessen

Aus dem kollektiven Gedächtnis wurden zehn Jahre Wirtschaftskrieg ausgelöscht, die Venezuela Zehntausende (wenn nicht Hunderttausende) Menschenleben, Schäden in Höhe von 630 Milliarden Dollar und eine Migrationskrise kosteten, die unzählige Familien trennte. Ausgelöscht wurden die versuchten Farbrevolutionen von 2014 und 2017, der versuchte Präsidentenmord von 2018, die Einsetzung eines falschen Präsidenten im Jahr 2019 und der gescheiterte Einfall von Söldnern ein Jahr später. Ausgelöscht wurde, dass die USA Venezuela 2015 zu einer «ungewöhnlichen und ausserordentlichen Bedrohung» erklärten und immer härtere einseitige Zwangsmassnahmen (sogenannte Sanktionen) verhängten, auch während der Pandemie.

Ausgeblendet wurde die monatelange, noch immer andauernde Präsenz der US-Marine in der Karibik und die Ausrufung einer Flugverbotszone. Ausgeblendet wurde die Seeblockade, mit der Schiffe, die venezolanisches Öl handelten, verfolgt und beschlagnahmt wurden.

Kein Krieg!

Nein, der Angriff vom 3. Januar war weder «einfach» noch ein Sieg. Auch wenn die USA ihre militärische Überlegenheit unter Beweis gestellt haben, haben sie den kognitiven Kampf nicht gewonnen. «Die vom venezolanischen Volk gezeigte Überlegenheit übertrifft alles, was [die USA] getan haben. Ihr militärischer Angriff erforderte einen Bürgerkrieg, den sie nicht erreicht haben», erklärte Maldonado. Es gab keinen solchen Krieg, keinen Putsch, keinen Regimewechsel.

Der Angriff vom 3. Januar wäre die perfekte Gelegenheit für eine neue Farbrevolution gewesen. Maldonado betonte das Scheitern des «beispiellosen kognitiven Krieges der Provokationen, Intrigen und des Versuchs, Zweifel und Spaltung zu säen». Die Basis, die Regierung sowie Teile des Militärs und der Polizei stehen weiterhin hinter der amtierenden Regierung unter Präsident Nicolás Maduro und Vizepräsidentin Delcy Rodríguez. «Die Tatsache, dass wir eine solche Einheit gezeigt haben und weiterhin zeigen, beweist unsere Überlegenheit.»

Die Venezolaner:innen bauen die Macht des Volkes weiter aus, unter anderem durch Volksabstimmungen am 8. März, bei denen die 5336 Kommunen des Landes über die Finanzierung lokaler Projekte abstimmen. Sie sind konstant in Bewegung und machen deutlich, dass sie Frieden und die politische Rückkehr von Maduro und Cilia Flores wollen. Die Strassen gehören ihnen, während venezolanische Faschist:innen zunehmend an den Rand gedrängt werden.

Diejenigen, die behaupten, Venezuela sei nun ein «Protektorat» oder eine «Kolonie», es sei verkauft oder verraten, scheinen nicht im Gespräch mit venezolanischen Revolutionär:innen zu stehen. Die globale Solidaritätsbewegung, die sich eigentlich für Maduro und Cilia Flores organisiert und ein Ende der Sanktionen sowie den Abzug der US-Streitkräfte aus der Karibik fordern sollte, sieht sich stattdessen gezwungen, solchen Spekulationen entgegenzutreten.

Die globale Solidaritätsbewegung, die sich eigentlich für Maduro und Cilia Flores organisiert und ein Ende der Sanktionen sowie den Abzug der US-Streitkräfte aus der Karibik fordern sollte, sieht sich stattdessen gezwungen, solchen Spekulationen entgegenzutreten.

Schrecken? Ja. Aufgeben? Nein.

Eine Delegation von Friedensaktivist:innen reiste Ende Februar nach Venezuela, um sich direkt bei den Menschen vor Ort zu informieren. In einem darauffolgenden Webinar stellte Jodie Evans von CODEPINK fest, dass die Venezolaner:innen «daran arbeiten, eine Zukunft aufzubauen ... sie stehen in ständigem Dialog [miteinander] und versuchen, einen Weg aus der Sackgasse zu finden.» Die Drohungen gegen Venezuela seien anhaltend und «erschreckend», sagte sie, und merkte an, dass «diese Schrecken ihnen jeden Tag im Nacken sitzen und sie dennoch sehr engagiert bleiben». Die Einheit innerhalb der Bolivarianischen Revolution sei das, was sie zum Überleben brauche.

Ja, die Vereinigten Staaten kontrollieren den Ölhandel und drängen auf Änderungen im Kohlenwasserstoffgesetz. Dennoch gibt es Grund zu der Annahme, dass das venezolanische Volk aus diesen Zugeständnissen materielle Vorteile ziehen könnte. Die venezolanische Regierung spielt ein langfristiges Spiel, das auf die Aufhebung der Sanktionen abzielt. Im Inland verabschiedete die Nationalversammlung ein Amnestiegesetz, das auf eine Versöhnung mit der gemässigten Opposition abzielt, was ein wichtiger Faktor sein könnte, um künftige US-Operationen zur Anstiftung zu Unruhen zu verhindern oder abzuschwächen. In diesen Verhandlungen seien die roten Linien des venezolanischen Volkes «noch nicht erreicht worden», wie Evans es ausdrückte.

Nicolás Maduro sagte in seinem letzten Interview vor der Entführung, er sei «wirklich glücklich darüber, wie Millionen von Männern und Frauen in Venezuela und auf der ganzen Welt die Wahrheit Venezuelas verteidigen». In Venezuela findet diese Verteidigung der Wahrheit jeden Tag statt, mit ununterbrochenen Mobilisierungen seit dem Morgen des Angriffs.

Im Rest der Welt scheint diese Verteidigung zu fehlen. Dies ist nicht der Zeitpunkt, jeden tatsächlichen oder vermeintlichen Fehltritt der bolivarianischen Regierung übermässig zu analysieren. Es ist der Moment, die Entführung eines Präsidenten und einer Abgeordneten unerbittlich anzuprangern und Lateinamerika und die Karibik als Zone des Friedens zu verteidigen. Es ist eine Gelegenheit, der Monroe-Doktrin sowie den Plänen für ein «Gross-Nordamerika» und dem sogenannten «Schild der Amerikas» entgegenzuwirken.

Wir können diesen kognitiven Krieg bekämpfen, indem wir auf einer alternativen Vision für die US-Aussenpolitik bestehen, in der das Land zu einem guten Nachbarn wird, indem es seine Beziehungen zur Hemisphäre (und zur Welt) auf Frieden, Solidarität und gemeinsamen Wohlstand ausrichtet.

Anmerkung Correos

Der Nato-Begriff der «kognitiven Kriegsführung» verbindet die psychologische Kriegsführung mit Cyberbereichen, insbesondere der auf Manipulation abzielenden Erfassung der Mehrheit der Menschen über ihre Handys. Die eifrige Übernahme der US-Propaganda von der neuen chavistischen Beflissenheit dem Master gegenüber ist bestenfalls töricht. Es ist evident, dass der Chavismus in Venezuela weiter regiert – so evident, dass die Ultrarechte aktuell wieder Pläne für ein Gewaltchaos im Land als Schmiermittel für eine US-Intervention zu planen scheint. Eine Welle der Brutalität also, die der Chavismus zurecht möglichst zu vermeiden sucht. Natürlich birgt diese Politik der Gruppe um Delcy Rodríguez eine grosse Gefahr. Nicht nur die traditionelle Bourgeoisie findet Gefallen am american way of business. Das könnte auch für nicht unbedeutende Segmente im chavistischen Spektrum verlockend sein. Wie immer: Das Gerede vom «Marionettenregime» in Caracas findet deswegen keine Entschuldigung. Es dient dem Imperium, nicht dem «wahren Sozialismus».

QUELLE: COMMONDREAMS.ORG, 11. MÄRZ 26: «THE FIRST VICTIM WAS THE TRUTH». LEONARDO FLORES IST IN DER US-ANTI-KRIEGSBEWEGUNG CODEPINK AKTIV.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

wählt eh republikanisch. Öl oder seltene Erden hat Kuba (ja, «zum Glück») kaum. Selbst Trump zollte dem kubanischen Widerstand in Venezuela Respekt, und auch das relativ problemlose Abfangen eines Bootes mit einem exilkubanischen Kommando zeigt, dass eine militärische Intervention auf erbitterten Widerstand stossen würde. Politisch gefährlich wäre ein Zusammenbruch in Kuba wegen des darauf möglicherweise folgenden potenziellen massiven Exodus nach Florida. Vielleicht deshalb das fallweise Tolerieren russischer Tanker (Stand Anfang April)? Sicher werden die Resultate der Zwischenwahlen in den USA (so sie diesen Namen verdienen) auch für Kuba

wichtig sein – etwa, ob der Nahe Osten weiterhin einen Grossteil der Aufmerksamkeit der Bande im Weissen Haus absorbiert.

Kuba muss überleben

Sicher wurden und werden in Kuba Fehler begangen (wie überall). Aber nur eine Realität ohne Blockade hätte es ermöglicht zu beurteilen, inwieweit das kubanische Modell Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen auch in der heutigen Weltlage hätte schaffen können. «Cuba libre» ist – auch unter den extremen schwierigen aktuellen Bedingungen – als Symbol des Widerstandes gegen das Imperium und für eine Hoffnung auf eine

bessere Welt von enormem Wert für alle fortschrittlichen Menschen. Trotz überheblich-rechthaberischer Berichterstattung von NZZ, Tages-Anzeiger, SRG und Konsorten und weitgehendem Schweigen der Politik sollten wir nicht müde werden, gegen die negative Wand zu reden, schreiben, demonstrieren, spenden und solidarisch nach Kuba zu reisen, denn – um eine Losung der Nica-Solibewegung in Erinnerung zu rufen – «Cuba debe sobrevivir».

DER AUTOR IST MITARBEITER DER SOLIDARITÄTS-NGOS AMCA (TESSIN) UND VORSTANDSMITGLIED VON MEDICUBA-SCHWEIZ.

USA in Lateinamerika: Que viva la muerte!

Dieter Drüssel. Während die USA und Israel den Iran bombardierten, fanden in Florida zwei Konferenzen statt – die sogenannten **American Counter Cartel Conferences**. Sie bereiten unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung einen Dauerkrieg in Lateinamerika vor.

Die erste Konferenz vom 5. März leitete Pentagonchef Pete Hegseth im Hauptquartier des US-Südkommandos (Southcom), die zweite, Shield of the Americas, kam zwei Tage später, dafür mit Trump in dessen Golfressort. An der ersten beteiligten sich Verteidigungsminister und Militärs von 16 MAGA-treuen Regierungen des Südkontinents (Argentinien, Ecuador, El Salvador, Honduras, Guatemala, Belice, Paraguay, Peru, Panama, Costa Rica, Chile, Dominikanische Republik, Jamaica, Guyana, Bahamas und Trinidad y Tobago). Inhaltlich gab sie – soweit öffentlich bekannt – mehr her als das Treffen zwei Tage danach mit einer bizarren Selbstbeweihräucherung Trumps. Konkret wurde eine Militärkoalition angeblich gegen die Kartelle lanciert. Trump nannte, als er es gerade nicht von sich selbst hatte, zwei Ziele. Erstens: «So wie wir eine Koalition bildeten, um den IS auszura-dieren, brauchen wir jetzt eine Koalition, um die Kartelle auszura-dieren.» Und ominös: «Mexiko ist das Epizentrum der Kartellgewalt.» Zweitens China: «Wir werden keinem feindlichen ausländischen Einfluss erlauben, in unserer Hemisphäre zu sein, die den Panama-Kanal einschliesst.»

Ein Chefstrategie orientiert

Öffentlich traten im Southcom der Gotteskrieger Hegseth und Stephen Miller, unter anderem Vizestabchef des Weissen Hauses, auf. Unter Trump sei, so Miller, ein «Paradigmenwechsel» erfolgt. Zu lange hätten die lateinamerikanischen Regierungen zugelassen, dass Terrorist:innen Teile ihrer Territorien besetzten. Doch jetzt dominiere «militärische Macht, tödliche Stärke». Gegen die Kartelle helfe bloss ein Krieg und keine nur für Nebensächliches taugende Strafjustiz: «So wie wir Al-Kaida und IS mit einer äusserst tödlichen Kugel bekämpften, liegt der Grund, dass diese Konferenz eine mit militärischen Führungen und nicht eine mit Juristen ist, darin, dass diese Organisationen nur mit militärischer Stärke besiegt werden können. Und ich sehe hier ein paar Köpfe nicken, weil Sie das verstehen; Sie haben bestimmt viel mit Juristen in Ihrem Land zu tun. Sie haben meine Bewilligung, nicht auf sie zu hören.» Lachen im Raum und Miller schmunzelt.

Millers zweite Obsession: die Einwanderung. Europa habe es erst nach Jahrhunderten der Ausradierung der Schlechten zu Kunst und Wohlstand geschafft (und vergesse dies heute). «Länder von Mexiko bis zur Südspitze Amerikas geben ihren Bürgern keine grundlegende physische Sicherheit. So suchen diese Bürger eine wirtschaftliche Perspektive, wandern illegal in die USA ein, sie bezahlen die Schmuggler, sie bezahlen die Kartelle, die werden reicher und mächtiger und Ihr Land wird arm. Ihre Bürger haben Sie verloren, Ihre Wachstumschance. Sie müssen diesen Zyklus brechen.» Und weiter: «Das beginnt mit der Demontierung dieser Organisationen, die (...) auch illegal Menschen handeln. Illegale Einwanderung, von kriminellen Netzwerken ermöglicht, ist eine Form von Terrorismus.» Während Jahrzehnten seien NGOs in «Ihre Länder geschickt worden, die Ihnen sehr, sehr schlechte Ratschläge geben.» Nämlich nicht Bekämpfung, sondern mehr Rechte für die Feinde der Gesellschaft (sage auch der salvadorianische Präsident). Für die Liquidierung der Kriminalität «werden Sie unerschütterliche Unterstützung für die Durchsetzung dieser Mission erhalten.»

Ein Geograph erklärt

Hegseth, der Gotteskrieger, schwärmte an der Konferenz von «Kriegerethos», «nationalen Identitäten» und der in der National Defense Strategy gefeierten Maxime von «Frieden dank Macht». Jetzt gehe es darum, «ob unsere Nationen westliche Nationen sind und bleiben, christliche Nationen unter Gott, stolz auf unser gemeinsames Erbe, mit starken Grenzen und einem prosperierenden Volk». Sonst drohe ein «radikaler Narcokommunismus (...) und ein falscher Frieden.» Solcherart vor



Im bombardierten San Martín:
Keine Waffenlager, kein Drogenlabor – bloss Viehzucht.
Bild: zVg

Schrecklichem gewarnt, bewilligt er den Anwesenden kühne Taten: «Wir sind nicht hier, um euch zu sagen, wie ihr eure Länder führen sollt.»

Weiter erklärt er die Maga-Lieblingslandkarte: «Im Kriegsdepartement nennen wir diese strategische Karte Greater North America. Denn jedes souveräne Land und Territorium nördlich des Äquators, von Grönland bis Ecuador und von Alaska bis Guyana, gehört nicht zum globalen Süden. Das ist unser unmittelbarer Sicherheitsperimeter.» (Interessant, dass die gleichen Sicherheitsperimeter schon in der US-Diskussion der 1940er-Jahre genannt wurden, wie Philipp Zimmermann am 12. April in amerika21.de erwähnt.)

Blutspur

Natürlich ist das die Monroe-Doktrin (ganz Amerika den Americans) – heute so offen wie vor 200 Jahren. Das Insistieren auf Straffreiheit für die Militärs erinnert natürlich an die Operation Condor, das US-geleitete, von lateinamerikanischen Militärs getragene Morden, Foltern und Verschwindenlassen von vielen zehntausenden Linken in Lateinamerika. Das machten Kissinger & Co. damals «diskret», heute gilt so was als Kriegerethos. Millers «freie Bahn» für die Militärs statt juristischer Spitzfindigkeit zu Rechtsstaat und Menschenrechten spiegelt das aktuelle Handeln Washingtons. Das geht von Hegseths Zusatzrakete auf einen Überlebenden im Boot über den andauernden Angriff auf Venezuela und Kuba bis hin zum Krieg gegen den Iran und der «Vernichtung der Zivilisation». Und wirkt auch in den USA. Eine Woche, nachdem letzten Januar ICE die protestierende Renee Good in Minneapolis ermordet hatte, erklärte Miller: «An alle ICE-Beamte; Ihr habt bei Ausübung eurer Pflichten eine Bundesimmunität». Wer immer ihnen drein funke, werde von der Justiz (hier taugt sie was) belangt. Wenig später erklärte Miller den soeben von ICE in Minneapolis hingerichteten Alex Petti zum versuchten Mörder an Bundesbeamten:innen.

Miller prägte die militärische Hatz des Innenministeriums (DHS) auf MigrantInnen entscheidend mit. Nach den Morden in Minneapolis musste Trump etwas kürzertreten. Er entliess DHS-Chefin Christie Noem. Und Miller hielt ein wenig die Klappe. Dieser arbeitet jetzt an Dingen wie weitere Kürzung von Überlebenshilfen oder in Texas der Streichung staatlicher Schulgelder für «papierlose» Kinder. Zu der in den 1960er-Jahren geschaffenen Möglichkeit für leichtere Einwanderung aus dem globalen Süden (und nicht mehr fast ausschliesslich aus Europa) sagte er: «Wir brauchen ein Moratorium für die Einwanderung aus Drittwelt-Länder, bis wir uns als Nation heilen können» (New York Times, 5. April 2025).

In der Mar-a-Lago-Konferenz stellte Trump die US-Designierte für die Shield of the Americas-Operationen vor: Kristi Noem, von Trump von Homeland Security abgezogen und direkt auf Lateinamerika angesetzt.

Zum Beispiel Ecuador

Heute gilt Ecuador als Tummelplatz extrem gewalttätiger Drogenbanden. Noch vor neun Jahren hatte es eine eindrücklich tiefe Mordrate. Damals war Rafael

Correa an der Regierung, ein Exponent der progressiven Achse im Kontinent. Heute ist mit Daniel Noboa der Spross der reichsten Familie im Land Präsident. Klassenbewusst beorderte er das Militär sofort in den «Drogenkrieg». Seither wetteifern die Kartelle, die illegalen und jenes der Sicherheit, wer die Leute mehr fertigmachen kann.

Correa hatte die US-Militärbasis in Manta geschlossen. Und eine neue Verfassung verbot später ausländische Militärbasen. Doch Noboa wusste Rat: Ein Referendum für ausländische Basen. Schon im Februar 2024 kamen US-Truppen (und US-Söldner:innen) ins Land, nicht mit permanenter Base, aber unbefristet. Seit folgendem Dezember stationiert die US-Navy ihre Schiffe in den Galápagos-Inseln. Im November 2025, wenige Tagen vor der Referendumsabstimmung, besuchte Christie Noem (damals noch DHS-Chefin) zusammen mit Noboa die alte US-Militärbasis Manta. Blöd nur, dass im Dezember die Ecuadorianer:innen die US-Basenforderung mit grosser Mehrheit verwarfen. Was tun? Das: Seit Dezember sind wieder US-Truppen in der Base, «temporär», nur bis irgendwann.

Sie «beraten» die ecuadorianische Armee und Polizei bei Bombardierungen und Razzien gegen «designated terrorist organisations». Videos zeigen entsetzte Bewohner:innen in betroffenen Armutszonen. Anfang März bombardierte das ecuadorianische Militär unter US-Anleitung im kolumbianischen Grenzgebiet ein Lager einer drogendealenden Ex-FARC-Delinquenz. Resultat: 27 verkohlte Leichen. Auch Recherchen führender US-Medien bestätigten die Information des kolumbianischen Präsidenten Petro: Das war kein Bandenlager, sondern ein Bauernhof. Noboas Generalstaatsanwalt bewirkte im März die Suspendierung der grössten Oppositionspartei, der correistischen Revolución Ciudadana (RC). Die Wahlbehörden zogen die Regionalwahlen von Februar 2027 auf November 2026 vor, wegen El-Niño-Warnung der Meteobehörde. Deren Leiter trat am Tag des Verschiebungsdekrets zurück – er wusste nichts von dieser Warnung. Ende März erhielt Christie Noem, erneut in Ecuador anwesend, eine Medaille zu Ehren auch ihres DHS-Einsatzes. So liess sie öffentlichkeitswirksam einen fünfjährigen Illegalen verhaften, ihr ICE wollte ein ecuadorianisches Konsulat durchsuchen.

Ach so, die Drogen ...

Am 4. Dezember 2025 publizierte das US-Recherchenetzwerk Organized Crime and Corruption Reporting Project, den Bericht «Cocaine and Bananas...» über Kokainschmuggel aus Ecuador in die EU in Kooperation mit balkanischen Mafias. Im Zentrum der Untersuchung: die Noboa Trading Company, Teil der Noboa Corporation. Bis zu seinem Amtsantritt als Staatspräsident Ecuadors im November 2023 arbeitete Daniel Noboa im Familienunternehmen. EU-Behörden war bereits aufgefallen, dass viel Kokain in Bananenschiffen der Noboa Trading nach Europa kam. Die Mafiosi benutzten eine verschlüsselte App, die aber geknackt wurde, was in Kroatien und Serbien zu Gerichtsverfahren führte. Klar, das Pentagon bombardiert keine Noboa-Schiffe.

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Zentralamerika-Sekretariat (ZAS)
IBAN: CH1009000000800605180
Die Publikation erscheint 3 bis 4 Mal jährlich.

REDAKTION:
Correos de las Américas,
Postfach 1054, 8031 Zürich
E-Mail: zas11@sunrise.ch

DRUCK:
Union Druckerei Berlin

Argentinien: Eine Welle der Solidarität

Sergio Ferrari. **Der 50. Jahrestag des Staatsstreichs von 1976 in Argentinien blieb weder in der Schweiz noch in anderen europäischen Ländern unbemerkt. Dutzende von Veranstaltungen im März brachten der Alten Welt die lateinamerikanische Erinnerung an die Diktatur näher.**



Dier Erinnerung lebt in der Gegenwart – ein Anlass im Breitsch-Träff Bern. Bild: zVg

In Argentinien füllten Hunderttausende Menschen die Strassen und Plätze im ganzen Land; in Genf und Bern wurde der 30000 Verschwundenen der Militärdiktatur gedacht. Solidarität, Vergangenheit und Gegenwart vermischten sich, und die Verurteilung der Diktatur fällt mit der wachsenden Ablehnung der negationistischen Regierung von Javier Milei zusammen.

Erinnerung und mehr

Den vierzig argentinischen und anderen Organisationen, welche die Erklärung «Vom Putsch von 1976 zum neoliberalen Projekt von Milei» unterzeichneten, ging es darum, das volksfeindliche wirtschaftlich-soziale Projekt anzuprangern, das Milei seit Dezember 2023 umsetzt und das grosse Ähnlichkeiten – fast eine lineare Fortsetzung – mit dem damaligen Militärregime aufweist. Diese Erklärung zählte auch auf die Unterstützung namhafter Schweizer Persönlichkeiten – darunter nationale Parlamentarier:innen und Führungskräfte der wichtigsten Gewerkschaften. Sie diente als politisch-konzeptioneller Rahmen für alle in der Schweiz entwickelten Aktivitäten. Deren Ziel war nicht nur, an dieses schicksalhafte historische Ereignis zu erinnern, sondern auch die Gelegenheit zu nutzen, über die beständigen, fast alltäglichen Formen und Ausdrucksweisen des Widerstands breiter Bevölkerungsschichten des südamerikanischen Landes zu berichten.

Vom 2. März bis zum Monatsende fanden in Genf und Bern rund ein Dutzend sehr unterschiedlicher Aktivitäten statt. Dazu gehörten das Nähen eines Patchwork-Quilts zur Erinnerung, Buchvorstellungen und Film-

vorführungen sowie ein Kolloquium an der Universität Genf, an dem junge argentinische Wissenschaftler:innen teilnahmen. Zudem gab es am selben Ort eine Fotoausstellung sowie eine Videokonferenz zum Austausch mit Vertreter:innen von Intermedias, einem Netzwerk von Gremien und Kollektiven für Verwaltung und Schutz mehrerer Dutzend Gedenkstätten.

Dieser Solidaritätsmarathon, an dem insgesamt mehr als tausend Menschen teilnahmen, fand seinen symbolischen Abschluss am 28. März im Garten der Verschwundenen in Meyrin. Es war eine bewegende Ehrung all jener – Männer und Frauen, Jugendliche, Erwachsene oder Neugeborene –, die sowohl in Argentinien als auch auf dem gesamten Kontinent am eigenen Leib Unterdrückung, Folter und vor allem den Tod erlitten haben.

All diese Feierlichkeiten bekräftigen die Bedeutung der Erinnerung (!) als kollektives soziales Konstrukt und als Mittel dagegen, dass sich die Brutalität der Diktatur wiederholt. Und sie rufen dazu auf, diese Solidarität zu verstärken, in der die Kämpfe «dort» die Kämpfe «hier» beflügeln und umgekehrt.

Reflexionen und Diskussion

Am 24. März luden verschiedene argentinische, lateinamerikanische und Schweizer Solidaritätsvereine mit Lateinamerika im Berner Gemeinschaftszentrum Breitsch-Träff zu einem Diskussionsabend (mit Musikeinlagen) über das Argentinien von heute in einem bedrohten Lateinamerika ein. Es waren mehr als 60 Menschen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern sowie aus der Schweiz und Italien gekommen. Sie unterstrichen den Charakter der internationalen Einheit gegen die extreme Rechte.

Wie war Argentinien zur Zeit der Diktatur? Wo stehen Argentinien und Lateinamerika heute? Um diese Fragen kreiste ein intensiver und bereichernder Dialog, aus dem zwei grundlegende Überlegungen hervorgingen.

Gestern: Diktatur und Erinnerung

Es ist unmöglich, die Brutalität des argentinischen Militärterrors zwischen 1976 und 1983 zu vergessen, den unter Führung der USA politische, wirtschaftliche und religiöse Kreise unterstützten. Zum Preis von 30000 Verschwundenen, 500 Babys, die ihren inhaftierten/verschwunden Eltern entrissen wurden (die Grossmütter der Plaza de Mayo konnten 140 wiederfinden), mehr als 11000 politischen Gefangenen sowie mehreren Hunderttausend, die flüchten oder sich im Land verstecken mussten, um ihr Leben zu retten. Dieser generalisierte Terror diente der Absicherung eines Wirtschaftsprojekts zur Zerstörung der nationalen Wirtschaft, der extremen

Abhängigkeit vom internationalen Kapital, der Explosion der Auslandsverschuldung sowie der Zerstörung des Staates und insbesondere des Sozialstaates. Jedoch bildeten die vielfältigen Formen des Widerstands der Bevölkerung das Fundament für den Niedergang der Diktatur, der sich mit der Niederlage im Malvinenkrieg beschleunigte. Eine wichtige Rolle von Beginn der Diktatur an spielte der unermüdete Widerstand der Menschenrechtsorganisationen, die mit den Müttern der Plaza de Mayo als wichtigstem Bezugspunkt nach und nach das aufbauten, was später zu einer aussergewöhnlichen Arbeit im Bereich Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit wurde. Sie dauert bis heute an.

Über 1200 hohe Offiziere sowie beteiligte Geistliche und Zivile wurden in über 350 Gerichtsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Das macht Argentinien zu einem auf dem gesamten Kontinent nahezu einzigartigen Beispiel für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Dieser Prozess erlangte eine einzigartige Dimension, als Präsident Néstor Kirchner 2003 sein Amt antrat und diese kollektive Erinnerungsarbeit zur staatlichen Politik erklärte. Die Unesco hat das Museum in der Escuela de Mecánica de la Armada in Buenos Aires zum Weltkulturerbe erklärt; dort wurden 7000 inhaftierte und verschwundene Personen festgehalten, von denen die grosse Mehrheit auf den sogenannten «Todesflügen» hingerichtet wurde.

Zunehmender Widerstand

Im Dezember 2023 trat Javier Milei sein Amt an. Sein Projekt, das Menschenrechte, Klimaschutz, Feminismus und Diversität negiert, treibt ein Wirtschafts- und Sozialmodell voran, das eine exakte Kopie dessen ist, was vor 50 Jahren von der Militärdiktatur umgesetzt wurde. Rückendeckung dafür liefert der globale Aufschwung der extremen Rechten, die sich hinter Donald Trump und Benjamin Netanjahu vereint hat. Milei will der wichtigste Vertreter der neuen reaktionären Internationale sein und im Cono Sur die Rolle spielen, die sich Nayib Bukele aus El Salvador in Mittelamerika selbst zuweist.

Die Regierung Milei will aggressiv den Staat, die Sozialgesetze und jegliche progressive institutionelle Referenz demontieren. Aber ein grosser Teil der argentinischen Gesellschaft leistet vielfältigen Widerstand. Am stärksten in vier nationalen Streiks in den letzten 27 Monaten; mit massiven Mobilisierungen für Menschenrechte; mit feministischen und für Diversität eintretenden Demonstrationen im Februar und November (die letzte versammelte mehr als eine Million Teilnehmende, überwiegend junge Frauen); mit wöchentlichen Demonstrationen der Rentner:innen und den jeden Donnerstag auf den wichtigsten Plätzen des Landes stattfindenden Kundgebungen, zu denen die Mütter, die Grossmütter der Plaza de Mayo und HIJOS aufrufen.

Parallel dazu gibt es zahlreiche alltägliche Formen des wirksamen Protests gegen das Regierungsprojekt: die alternativen Märkte von Produzentinnen und Produzenten in vielen Provinzen als Möglichkeit, auf das wirtschaftliche Überleben zu setzen und den freien Import von Produkten anzuprangern. Eine offizielle Politik, die bereits zur Schliessung von mehr als 23000 nationalen Unternehmen (kleinen, mittleren und grossen) geführt hat, mit dem daraus resultierenden Verlust von mehr als einer halben Million Arbeitsplätzen, davon 90000 im zusammengekürzten öffentlichen Sektor in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie Menschenrechte. Diese Mobilisierung und der soziale Protest, die täglich an Dynamik gewinnen, finden jedoch noch keinen politischen Ausdruck in Form einer Wahlopposition, die sich als Alternative zu Mileis «Libertad Avanza» profilieren könnte.

Für Milei wird es eng

Eine fragile Demokratie, die 2026 ihr 43-jähriges Bestehen feiert. Sie bleibt trotz allem ein zivilisatorischer Fortschritt. Fortschritte und Rückschritte, Stärken und Rückschläge. Die Geschichte jedes Landes, jeder Region und jedes Kontinents (wie auch die Weltgeschichte) hat ihre eigenen Dynamiken und benötigt ihre eigenen Zeiträume, die nicht immer mit den menschlichen Zeiträumen übereinstimmen. Wie die Teilnehmenden der Debatte in Bern am 24. März in Erinnerung riefen, führen die sozialen Kräfte, die sich gestern gegen die Diktatur gewehrt haben, trotz dieser dunklen und komplexen politischen Lage heute täglich Proteste durch, und der politische Raum für Mileis antisoziales Projekt wird rapide enger.

QUELLE: THENATION.COM, 13. MÄRZ 26

Haiti braucht keinen Krieg

Jake Johnston. **Die üblichen Berichte zu Haiti beschreiben die Brutalität der Banden und verschweigen die neokoloniale. Die Realität ist anders.**

Anfang Januar startete die haitianische Polizei gemeinsam mit Söldnern und kenianischen Sicherheitskräften eine gross angelegte Offensive, um die Kontrolle über die Innenstadt von Port-au-Prince aus den Händen der bewaffneten Gruppen des Landes zurückzugewinnen. Vom Himmel regneten Sprengdrohnen herab, und am Boden hagelten Kugeln auf die dicht besiedelten Viertel.

Über 100 Todesopfer

Ein 28-jähriger Haitianer, der das Land in Richtung USA verlassen hatte, berichtete der lokalen Nachrichtenagentur AyiboPost, dass sein Bruder, seine Schwester und sein Vater bei der Polizeiaktion getötet worden seien. Zuvor hatte er versucht, seine zurückgelassene Familie umzusiedeln. Er hatte monatelang zweifelt versucht, sie an einen sichereren Ort zu bringen. Doch die Suche nach einem neuen Zuhause für die Familie wurde dadurch erschwert, dass Vermieter:innen sich weigerten, an jemanden aus einem der verarmten Viertel Haitis zu vermieten. Das Stigma war zu gross.

«Manchmal mussten wir lügen, woher wir kamen, um nicht mit Banditen in Verbindung gebracht zu werden», sagte er.

Die Regierung forderte die Bewohner:innen auf, das Gebiet zu verlassen, doch nur wenige hatten einen Ort, an den sie gehen konnten. An dem Tag, an dem die Familie umziehen wollte, begann die Polizei ihren Angriff. Der Vater und der Bruder des Mannes wurden in ihrem Haus erschossen; dann stürzte eine Drohne ab und tötete seine Schwester auf der Stelle. Insgesamt wurden in nur einem Stadtteil fast 120 Menschen getötet, wie eine lokale Menschenrechtsorganisation später bekannt gab. Fast die Hälfte davon waren Zivilist:innen.

Haltlose Behauptungen

Nach Jahren der scheinbar immer weiter zunehmenden Gewalt und der wirtschaftlichen Not waren viele Menschen in Haiti verständlicherweise erleichtert, als die staatlichen Sicherheitskräfte endlich gegen die Bandi zurückschlugen. Nach Wochen der aggressivsten Sicherheitsoperationen seit Jahren gelang es

der Polizei, ihre Präsenz in einem wichtigen Handelszentrum in der Innenstadt wiederherzustellen und so kurzzeitig einen Anschein von Stabilität zu schaffen. (...)

Tatsächlich aber scheint es der Trump-Regierung darum zu gehen, ihre innenpolitische Agenda voranzutreiben, die auf die Kriminalisierung von Migrant:innen und Massenabschiebungen abzielt. Anfang März drohte die Regierung – inmitten der anhaltenden Bemühungen, Hunderttausenden in den USA lebenden Haitianer:innen ihren Rechtsstatus zu entziehen (was eine Richterin zumindest vorübergehend gestoppt hatte) –, den Fluss von Milliarden Dollar an Heimüberweisungen zu stoppen, die für das Land eine Lebensader darstellen. Angesichts der Tatsache, dass die Trump-Kampagne haltlose Behauptungen, haitianische Migrant:innen würden die Haustiere ihrer Nachbarn verspeisen, als Waffe einsetzte, ist es nicht schwer, die Rassismuskampagne der Richter:innen nachzuvollziehen.